

Mehr Macht über Fussball-Chaoten

Bikantonales, überparteiliches Komitee lanciert die Hooligan-Stopp-Initiative

Von Mischa Hauswirth

Basel. Nun kommt die Hooligan-Stopp-Initiative. Damit will der Verein Hooligans-Stopp beider Basel herausfinden, ob die Parlamente in Basel-Stadt und Baselland im Sinne des Volkes entschieden haben, als sie beschlossen, nicht dem nationalen Hooligan-Konkordat beizutreten. «Wir wollen keine rechtsfreien Räume in den Stadien mehr. Unser Ziel ist es, Gewalt möglichst aus den Stadien fernzuhalten», sagt Peter H. Müller, CVP-Landrat aus dem Baselbiet und Mitglied des Initiativkomitees.

Für die Initianten sollen die beiden Basel den Alleingang aufgeben und dem Konkordat beitreten, so wie fast alle Kantone. Nur so würden alle Tötlichkeiten und die Hinderung einer Amtshandlung als gewalttätiges Verhalten gelten und könnten angegangen werden, sagt Müller. Mit dem Konkordat können Gewaltchaoten mit Rayonverboten belegt werden und die Behörden erhalten eine Reihe von Massnahmen, die sie je nach Lageeinschätzung anwenden können, sagen die Initianten. Für Joël Thüring, Grossrat der SVP Basel-Stadt und Mitglied des Initiativkomitees, liessen sich Gewalttäter so besser ermitteln und sanktionieren. Sein Parteikollege Grossrat Toni Casagrande sieht im Beitritt zum Konkordat zudem die Möglichkeit, «Familien, welche die Matches besuchen, besser zu schützen».

Mit einem Beitritt zum Hooligan-Konkordat sollen klare Signale gesendet werden. Zunächst mal an die Hooligans, die das alternative Basler Modell als Schwäche auffassen und als Einladung, weiter rund um Fussballspiele Gewalt auszuüben. Aber auch an die anderen Kantone. «Konkordate werden geschlossen, um gemeinsam Lösungen zu suchen und die Zusammenarbeit zu verbessern. Basel sollte schon alleine aus dem Solidaritätsgedanken heraus dieser Gemeinschaft beitreten», sagt Christoph Wydler, Co-Präsident der EVP Basel-Stadt. Nicht zuletzt wolle man mit dem Beitritt Frauen, Familien



Schande in Rotblau. Solche Bilder von Chaoten in und um Stadien wollen die Initianten möglichst verhindern. Foto Keystone

und normalen Fans, die wegen der Angst vor Gewalt nicht mehr zu den Spielen gehen, wieder mehr Sicherheit bieten. «Ich gehe schon seit 1964 an fast jedes Heimspiel. Was wir in den vergangenen Jahren erleben, hat nichts mit einer Gewaltabnahme zu tun», sagt Peter H. Müller.

Chaoten sollen zahlen müssen

Für Elisabeth Augstburger, EVP-Landrätin aus dem Baselbiet, sprechen auch die Kosten für eine Verschärfung der Regeln. «Jedes Wochenende stehen 900 Polizisten in der Schweiz im Einsatz. Das kostet den Steuerzahler jedes

Mal eine Million Franken», sagt sie. Dazu komme, dass die Polizisten oft stark psychisch und physisch gefordert seien, was sich dann auf den späteren Dienst sowie ihre anderen Aufgaben auswirke. Die Folgen der Polizeieinsätze haben die Steuerzahler zu tragen, egal, ob sie Fussball schauen oder nicht, sagen die Initianten. Auch die SBB beklagen sich über hohe Kosten wegen Fussballspielen, sagt Augstburger. Drei Millionen Franken pro Jahr können die SBB niemandem verrechnen.

Zwar sehen die Massnahmen nicht vor, dass verurteilte Gewaltchaoten automatisch anteilmässig Polizeikos-

ten übernehmen müssen, dennoch verbessert sich mit einem Beitritt die Möglichkeit, Hooligans finanziell zur Kasse zu bitten, sagt Carl Gustav Mez, der als Anwalt das Initiativkomitee unterstützt. «Wenn wir die Voraussetzungen schaffen, dass Gewalttäter leichter erwischt werden, so hat das auch Folgen für die Haftungsfragen.» Denn eine Verurteilung sei oft die Grundlage für das Abwälzen der Kosten, sagt Mez.

Die Unterschriftensammlung läuft seit gestern. Die Initianten hoffen, dass sie die Unterschriften bald zusammenhaben und die Initiative in beiden Kantonen vors Volk bringen können.

Nachrichten

Neue Regeln für Gelder aus dem Swisslos-Fonds

Basel. Schwerpunktprojekte dürfen jetzt Beiträge von über 100 000 Franken aus dem Swisslos-Fonds erhalten. Dabei gelten Beiträge an gewinnorientierte Institutionen als gemeinnützig, wenn «die Unterstützung eines Projekts im Interesse der Allgemeinheit liegt». Dies steht in der revidierten Verordnung über die Verwendung von Geldern aus dem Swisslos-Fonds, die der Regierungsrat verabschiedet hat. Weiter können Veranstaltungen mit regionaler Ausstrahlung oder wechselnden Programmen wiederkehrend berücksichtigt werden, heisst es in der Verordnung. Vom Kanton mitfinanzierte Institutionen dürfen nur Beiträge erhalten, wenn das Projekt nicht zur Leistungsvereinbarung gehört. Kritik war an der Unterstützung für ein Disney-Musical und den «Musikantenstadt» laut geworden. ur

Fotoausstellung für den Frieden auf der Welt

Basel. Am Oberen Rheinweg ist von Mitte August bis Mitte September die Fotoausstellung «Making Peace» zu sehen. Konzipiert vom International Peace Bureau steht sie im Rahmen des Begleitprogramms zur Basler OSZE-Konferenz. Die Ausstellung ist eine Hommage an die Menschen auf der ganzen Welt, die ihre Zeit und Energie der Schaffung von Frieden widmen. Ab Mitte Oktober ist die Schau in der Basler Innenstadt zu sehen.

Podium zur Abstimmung über Einheitskasse

Basel. Am 28. September stimmt das Schweizer Volk über die Initiative für eine öffentliche Krankenkasse ab. Zur Frage «Braucht die Schweiz eine Einheitskasse» diskutieren am Donnerstag im Volkshaus ab 18 Uhr Gesundheitsdirektor Lukas Engelberger (CVP), Nationalrätin Silvia Schenker (SP), Nationalrat Daniel Stolz (FDP) und Professor Alois Gratwohl. Moderiert wird das Podium von Dominik Feusi, Leiter der BaZ-Bundeshausredaktion.

SP und Juso wollen mehr bezahlbaren Wohnraum

Unverkäufliches Land und Stadtentwicklung als Lösungsansätze

Von Franziska Laur

Basel. SP und Juso wollen Nägel mit Köpfen machen und präsentierten gestern Lösungsansätze für «bezahlbaren Wohnraum». Im Zentrum ihrer Überlegungen stehen die Neue Boden-Initiative und die Stadtrandentwicklungen. Der durchschnittliche Monatslohn betrage 6000 Franken, sagte Michela Seggiani, Vizepräsidentin SP Basel-Stadt. Da die Miete für ein gesundes Budget nicht mehr als einen Drittel des Einkommens ausmachen dürfe, könne eine vierköpfige Familie also nicht mehr als 2000 Franken ausgeben. In Basel kostete jedoch eine Vierzimmerwohnung im Schnitt 2300 Franken. «Somit ist Wohnen in der Stadt für viele Menschen nur schwer bezahlbar», sagte Seggiani.

Basel darf kein Land verkaufen

Neben Familien würden auch junge Personen in Ausbildung unter Wohnungsnot leiden, sagte Boda Baumgartner, Präsident der Juso Basel-Stadt. Daher habe man gemeinsam mit der SP die Initiative «Wohnen für alle» lanciert und Unterschriften gesammelt. Kern der Initiative: Der Kanton Basel-Stadt verkaufe sein Land grundsätzlich nicht mehr, sondern gibt es im Baurecht ab.

Diese Forderung hat allerdings einen Haken, wie sich bei den Riva-Wohnungen am Rhein gezeigt hat. Kaum einer, der eine teure Wohnung oder ein Haus kauft, will danach noch jährlich Baurechtszins bezahlen. Daher hat die Sarasin Anlagestiftung auch Mühe, die Wohnungen am Rhein zu verkaufen.

SP und Juso versprechen sich von der Initiative jedoch dauerhafte und langfristig höhere Erträge als beim Landverkauf. Ausserdem fordere man damit die Einrichtung einer Stiftung,

sagte Baumgartner. Mit einem Startkapital von 50 Millionen Franken solle diese preisgünstigen Wohn- und Gewerberman in Basel fördern. Sie solle nicht als Sozialstiftung auftreten, sondern darauf achten, dass sozial durchmischter Wohnraum entsteht. Baumgartner räumte jedoch ein: «Die bürgerlichen Parteien wollen eine solche Stiftung um jeden Preis verhindern.» Im Kontakt mit der Bevölkerung sei aber klar geworden, «dass die Leute Lösungen wollen für ihr Problem, keine bezahlbaren Wohnungen in Basel zu finden».

Wohntürme für 2000 Menschen

SP-Grossrat René Brigger ging darauf ein, wie wichtig die Abstimmung vom kommenden 28. September zur Zonenplanrevision sei, die den Bau von neuem Wohnraum ermöglichen soll. Gegen die Stadtrandentwicklungen Ost und Süd wurde jedoch das Referendum ergriffen. Brigger betonte, dass vor allem Chancen im Osten der Stadt möglich seien. Dort wäre der Bau von mehreren Wohntürmen für über 2000 Menschen möglich. Diese Entwicklung Ost habe das Potenzial, ein ökologisches Vorzeigequartier am Rhein zu ermöglichen, so Brigger. Ausserdem würde sie einen erheblichen Beitrag gegen die Wohnungsmisere und gegen die Zersiedelung leisten. Und sie sei sozial, da sie Non-Profit-Wohnbauträgern die Chance biete, neuen Wohnraum und neue Wohnformen zu verwirklichen.

Zu guter Letzt wies René Brigger auch auf zwei Anzüge zur Hafentwicklung hin. Einer verlangt, dass dort der gemeinnützige Wohnungsbau berücksichtigt wird, der andere will aus dem Hafen einen Ökostadtteil nach dem Vorbild Hammarby Sjöstad in Stockholm machen.

BIZ bereitet Terrain für Ausbau vor

Zonenplanänderung würde Konzentration der Büros beim Bahnhof ermöglichen

Von Dieter Bachmann

Basel. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) will mit einer Zonenplanänderung die Weiterentwicklung ihres Hauptsitzes in Basel sicherstellen. So soll es künftig möglich sein, im Geviert Nauenstrasse-Gartenstrasse-Centralbahnstrasse-Heumattstrasse fünfstöckig zu bauen. Häuser in dieser Höhe stehen bereits heute entlang der BIZ-Parzelle. Mit der angestrebten Änderung soll das flächendeckend möglich sein – es soll also auch der Innenhof überbaut werden können.

Der Bebauungsplan liegt ab Montag, 25. August, im Planungsamt auf.

In ihren Anfängen im Jahr 1930 war die BIZ noch im ehemaligen Grand Hôtel und Savoy Hôtel Univers an der Centralbahnstrasse eingemietet. Unter dessen ist der internationalen Organisation, die im Besitz von 60 Zentralbanken ist, auch der Turm des Basler Architekten Martin Burckhardt zu klein. Die Anzahl Mitarbeiter ist von 300 Personen beim Bezug des Turms 1977 auf 659 gestiegen.

Bereits 1998 hatte die Bank deshalb von der UBS den Botta-Bau am Aeschenschplatz gekauft, um einen Teil ihres Personals unterzubringen. Aufgrund dieser Möglichkeit hatte die BIZ damals auf eine Weiterentwicklung des Geländes

verzichtet. Das Siegerprojekt des japanischen Architekten Toyo Ito aus einem Architekturwettbewerb von 1997 wurde nicht weiterverfolgt. Bei einer Verdichtung des BIZ-Areals am Bahnhof SBB wäre denkbar, dass die Arbeitsplätze aus dem Botta-Bau zum Hauptsitz zurückverlegt werden.

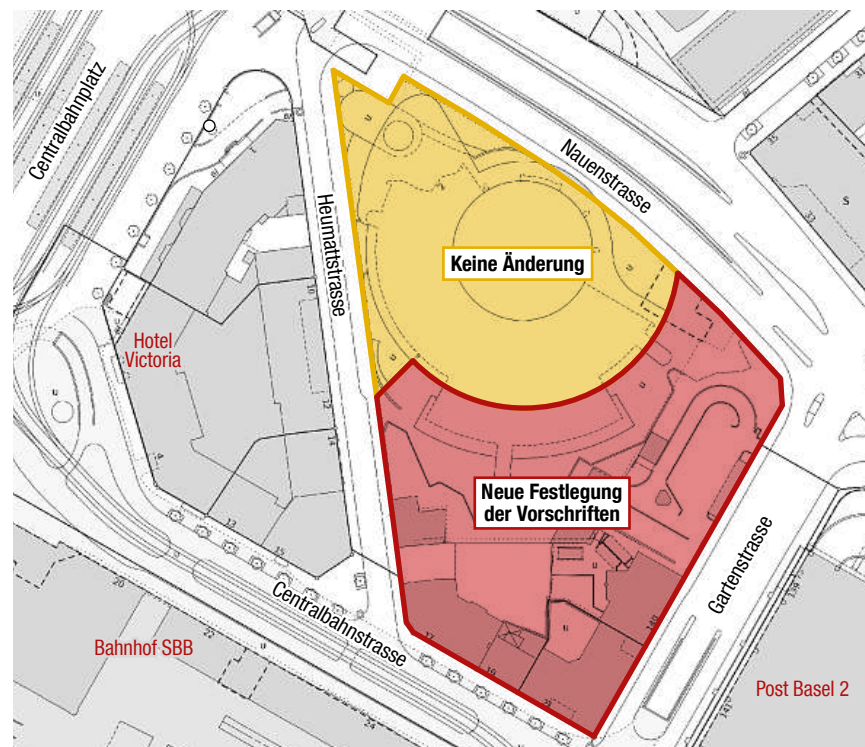
Für den künftigen Ausbau liegen noch keine konkreten Projekte vor, wie BIZ-Generalsekretär Peter Dittus gestern an einer Medienkonferenz sagte. Ein allfälliger «Sockelbau» könnte schätzungsweise in acht bis zehn Jahren gebaut werden. Eventuell sei dann in 20 bis 25 Jahren noch ein weiterer Bau denkbar. Die bisherigen Mieter in den Gebäuden am Südrand der Parzelle werde man auf jeden Fall mit genügend Vorlauf informieren, wenn es dann zu Veränderungen kommen sollte.

Keine Aufstockung des Turms

Eine Aufstockung des bestehenden Turms, den man damals nicht höher bauen durfte, wäre laut Dittus heute zwar erlaubt – so wird der geplante Baloise-Neubau höher als der BIZ-Turm –, aber technisch wäre eine solche Lösung sehr aufwendig und ästhetisch vermutlich nicht befriedigend.

«Wir fühlen uns in Basel wohl und wollen hier bleiben», sagte Dittus. Die Notenbankner aus aller Welt, die sich regelmässig in der BIZ zum Austausch treffen, würden es sehr schätzen, dass sie in Basel zu Fuss von der Bank ins Hotel spazieren können.

Insbesondere nach der Finanzkrise hat die BIZ, die unter anderem die Koordination unter den Zentralbanken reguliert, an Bedeutung gewonnen. Heute finden jährlich etwa 300 Sitzungen statt mit rund 9000 Teilnehmern. Die anfallenden 8000 bis 9000 Hotelübernachtungen entsprechen laut BIZ-Schätzung ungefähr zwei Millionen Franken.



Verdichtung geplant. Mit einer Zonenplanänderung will die BIZ den Platz auf ihrem Gelände beim Bahnhof besser ausnutzen können. Grafik BaZ/mm